

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 12

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alltag drüben

Sowjetische Leserbriefe

Wir haben schon einige Male auf die besondere Rolle hingewiesen, welche die Leserbriefe in der Sowjetpresse bei der Glasnost (Offenheit) spielen. Früher wurden sie gemäss Anweisungen von oben redaktionell «harmonisiert» (das heisst auf Linie gebracht), jetzt bringt oder zitiert man sie im Wortlaut, und zwar pro und kontra offizielle Linie. In diesem Sinn können sie je nachdem zum stärksten Ausdruck der Glasnost werden, weil sie unter Umständen so etwas wie einen Ersatz für die sonst verbotene oppositionelle Presse darstellen. Die Freiheit der Meinungsäusserung hat sich damit noch lange nicht das Land erobert, wohl aber ein paar beachtliche Plätzchen, die sicherlich auch beachtet werden, von den Erneuerungsfreunden so gut wie von den Erneuerungsgegnern.

Am 26. 5. 1987 brachte die Regierungszeitung «Iswestija» eine Auswahl an Leserbriefen zum

zentralen Thema der Perestrojka (Umgestaltung).

Wir reproduzieren hier vier Beispiele:

Ich bin ein Kriegsveteran, und zur Perestrojka kann ich das sagen, was im Film «Gewehrträger» der Soldat Schtschadrin sagt: «Wenn du aber zurück willst zu dem, was wir vorher hatten, dann nein, dann gebe ich meine Waffe noch nicht aus der Hand, denn sie wird mir noch nützlich sein!»

(Die Perestrojka hat besonders unter den Kulturträgern wohl viele Freunde, die ihr allfälliges Ende ehrlich beweinen würden, aber diese entschlossene Unterstützung von einem «einfachen Mann aus dem Volk» beeindruckt um so mehr, als man sie kaum erwartet hätte.)

Mich überkommt grösste Verzweiflung, wenn ich höre, wie einige Leute sagen, unsere Gesellschaft könne ohne eine stalinistische Politik doch gar nicht existieren. Solchen Behauptungen muss man hier und jetzt entgegenreten; nachher ist es zu spät. Es gibt keinen andern Weg (als den der Perestrojka). Gerade jetzt sollten wir doch zusammenstehen, Schulter an Schulter, wie 1917, wie 1941.

★

Die negativen Aspekte unserer Vergangenheit sind zur Genüge bekannt, aber wenn wir jetzt unsere Vergangenheit schlechtmachen, dann machen wir uns selber schlecht.

★

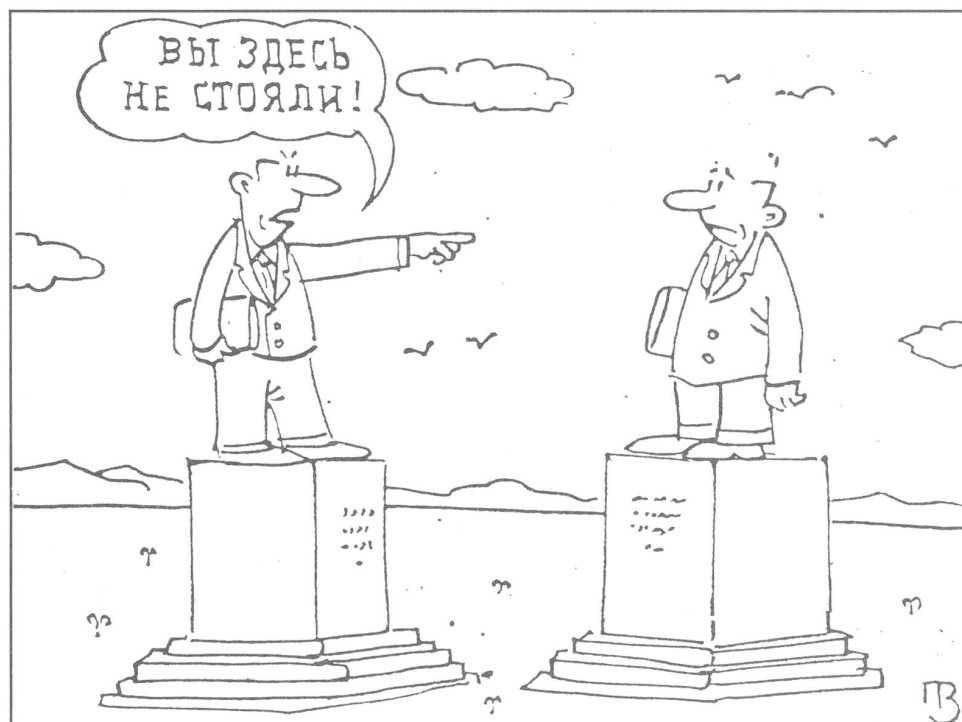
Eine Arbeiterin in einem polygraphischen Betrieb in Rostow am Don:

«In meiner Abteilung arbeiten nur Frauen, und da ist überhaupt nichts automatisiert. Manchmal, wenn du nach Hause kommst, fällst du um vor Müdigkeit und hast keine Kraft mehr für den Haushalt. Im April haben sie uns schon wieder die Leistungsnormen erhöht, zum drittenmal in der letzten Zeit. (...) Wir Arbeiter haben nichts gegen die Beschleunigung. Aber unsere Direktion versteht darunter vor allem, dass nur immer wir alles schneller machen sollten: schneller, schneller...» ■

Gerangel auf dem Denkmalssockel



«Krokodil», Moskau, Nr. 14/1987



«Aber bisher haben Sie gar nicht hier gestanden!» («Trud», Moskau, 31. 5. 1987)

Rumänische «Verräter»

Rumänische Diplomaten, die «zwecks Konsultation» nach Bukarest zurückgerufen werden, sollten sich in acht nehmen, denn dann und wann bleiben sie verschollen. Über den Fall von Liviu Bota, der in Genf tätig gewesen war, berichtet hier Ladislaus Hory.

Rumäniens ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Teodor Marinescu, hat bereits Anfang November 1986 lakonisch mitgeteilt, dass der bisher bei der UN-Organisation tätige rumänische Funktionär Liviu Bota von seiner exponierten Stelle wegen «Spionage» abberufen worden sei. Bevor wir den rätselhaften Fall zu durchleuchten versuchen, müssen wir darauf hinweisen, dass diese Panne im rumänischen diplomatischen Dienst in den vergangenen Monaten nicht die einzige war.

Im Juni 1986 wurde der UN-Funktionär Burkina Faso aus dem diplomatischen Verkehr gezogen. Er wurde ebenfalls der «Spionage» bezichtigt, und sein weiteres Schicksal blieb ungeklärt.

Sorin Dumitrescu arbeitete in Paris bei der Unesco. Er wurde zur Berichterstattung nach Bukarest beordert, wo unter ähnlichen Umständen ein Schlusspunkt unter seine diplomatische Karriere gesetzt worden ist...

Der aktuelle Fall Bota ist undurchsichtig. Hat Bota wirklich spioniert und, wenn ja, für wen? Wenn ja, dann war er ziemlich naiv und sorglos, sonst hätte er der Rückberufung nicht Folge geleistet. Jedenfalls war er ahnungslos.

Um die Gemüter in der Weltorganisation zu besänftigen, hob Botschafter Marinescu hervor, dass die Bestrafung eines untreuen Beamten eine innere Angelegenheit jedes UN-Mitgliedstaates sei und im Lande den eigenen Strafgesetzen entsprechend erfolgen müsse. Ursprünglich war Bota in New York tätig, später wurde er nach Genf versetzt, wo er viel «bequemeren Geschäften» nachgegangen sei, zu deren Erledigung ihm zwei westliche Luxuslimousinen zur Verfügung gestanden seien, wie seine Neider wiederholt betonten.

Bota kam vor 13 Jahren nach New York zur Abrüstungssektion der Vereinten Nationen. Er hat sich zum «Direktor des UN-Instituts für Abrüstung und Forschung» in Genf emporgearbeitet. Im Jahre 1966 war er Rumäniens Vertreter im Treuhänderschaftsrat der UNO. 1971 war Bota Vizedirektor des Bukarester Büros des UN-Informationszentrums. Nach fünf Jahren wurde er abgelöst und konnte nach

New York zurückkehren. Mit einem Dauervertrag war er formell ein Angestellter der rumänischen Regierung in Genf. Früher war es in den osteuropäischen Ländern nicht üblich, «Vertragsangestellte» auf wichtigen Auslandsposten zu beschäftigen.

Bota wurde «zwecks Konsultationen» nach der rumänischen Hauptstadt beordert. Seine Frau Alexandra und die Tochter Dalena blieben vorsichtshalber in der Schweiz und warten noch heute vergeblich auf ihn.

Als Bota nach längerer Zeit nicht nach Genf zurückkehrte, erkundigte sich der Chef der dortigen UN-Ablage, Erik Suy, nach den Gründen. Er bekam zur Antwort, dass Bota in Bukarest bleiben müsse, um seine Regierung über wichtige Abrüstungsfragen eingehend zu informieren. Als Generalsekretär Xavier Perez de Cuellar sich ebenfalls erkundigte, erhielt er aus Bukarest die lakonische Antwort, Bota sei seines Postens in Genf enthoben und deshalb zurückberufen worden. Er werde im rumänischen Aussenministerium mit einem anderen Aufgabenkreis betraut.

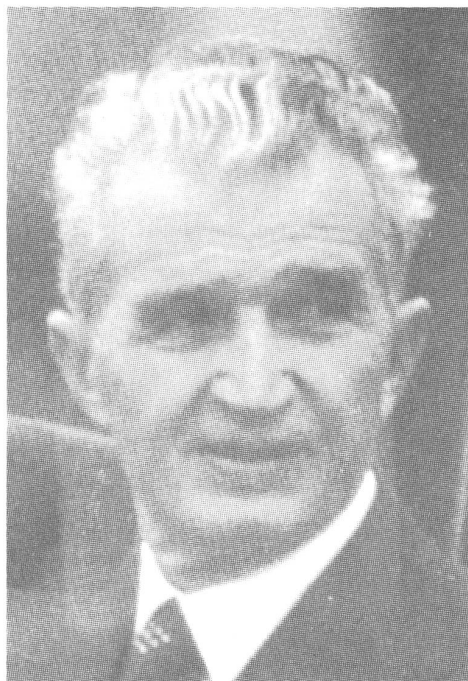
Zur ungeklärten Pikanterie der Angelegenheit gehört, dass Bota sowohl telegrafisch als auch telefonisch seine Vorgesetzten bei den Vereinten Nationen informiert hatte, dass er sich weiterhin als UNO-Bediensteter betrachte. Seither

hat Perez der Cuellar mehrmals die Rückkehr Botas in die Schweiz angeregt. Indessen wurden verschiedene Vermutungen in Lauf gesetzt. Der Generalsekretär dürfte beunruhigt gewesen sein, da er in Bukarest mitteilen liess, dass er den angeblichen Rücktritt Botas nur dann akzeptieren könne, wenn er ihn ihm persönlich mitteilen würde.

Die Sache ist noch delikater seit dem Zeitpunkt, als Bota auch nicht an der Jahresversammlung seines UN-Instituts erscheinen konnte, obwohl er formell noch dessen Direktor war.

Die Sache wurde immer komplizierter: Die Ehefrau Botas unternahm in der Genfer Garage der Familie einen Selbstmordversuch, sie wurde von ihrer Tochter bewusstlos aufgefunden. Danach lag sie in einem schweren Koma in einem Genfer Krankenhaus.

Der UN-Koordinierungsrat beschuldigte die rumänischen Behörden der Verletzung der Statuten. Alle UN-Mitgliedorganisationen wurden um Hilfe angegangen. Beim Eingang zur «UN-Cafeteria» in Genf hat man ein lebensgrosses Poster mit Botas Konterfei aufgehängt mit der Forderung aller Angestellten, Bota unverzüglich freizulassen und ihm die Ausreise in den Westen zu ermöglichen. Bukarest hat Protest gegen besagte Aktion erhoben. Bota blieb jedoch verschwunden. Aus durchgesickerten Gerüchten aus der rumänischen Hauptstadt ist zu schliessen, dass ihm hinter verschlossenen Türen ein «Prozess wegen Spionage» gemacht worden ist. ■



Parteichef Nicolae Ceausescu

Briefe

Warum die Verzögerung?

Wegen verbotenem Nachrichtendienst für die Sowjets war ein Basler Geschäftsmann vom 1. April bis zum 21. Mai 1987 in Haft. Im Zusammenhang damit ist der Erste Sekretär der Sowjetbotschaft zur Persona non grata erklärt worden; er hat unser Land am 20. Mai verlassen. Über diese Vorgänge ist die Öffentlichkeit erst am 9. Juni 1987 informiert worden. Was für Rücksichtnahmen haben wohl diese Verzögerung verursacht? Könnte nicht Dr. Sager im Nationalrat den Bundesrat diesbezüglich um Auskunft bitten? K. M.

Wege und Irrwege in die Zukunft



Das bekannte Buch von **Prof. Emil Küng** im Paperback.

Ein Buch, das in den «Schulsack» jedes geistig und politisch interessierten Schweizer gehört.

Verlag Hochschule + Gesellschaft, Zürich, 215 Seiten, Fr. 16.–



Bestellschein

Einsenden an:
Verlag Hochschule + Gesellschaft
Postfach 35, 5403 Baden

Senden Sie mir _____ Ex. Küng,
«Wege und Irrwege», à Fr. 16.–

Name und Adresse: _____

Entwicklungshilfe anders fördern?

Ferdinand N. Glinz: «Entwicklungsförderung am Wendepunkt. Neuorientierung unter optimaler Wahrung der Menschenrechte». Orell Füssli, Zürich 1986. 320 Seiten, Fr. 39.80

Theorie und Praxis der Entwicklungshilfe und -politik sind in den letzten Jahren in eine tiefe Krise geraten. Angesichts zunehmender Hungersnot, steigenden Flüchtlingselends, massiver Überbevölkerung, permanenter Misswirtschaft und Machtkämpfe war das weitgehende Versagen von Geber- und Empfängerländern nicht mehr zu kaschieren.

Trotz unvorstellbarer materieller und geistiger Werte, deren Ausmass nicht einmal annähernd geschätzt werden kann, hat die Entwicklungshilfe, die in den letzten 30 Jahren in die Dritte Welt floss, nur geringe Erfolge zu verzeichnen. Die meisten Länder, z. B. des afrikanischen Kontinents, sind auf ein Niveau zurückgeworfen, das weit unter dem ist, das sie hatten, als sie aus dem Kolonialstatus entlassen wurden. Und dies nicht nur was Wirtschaftsproduktivität, Organisationsgrad und Lebensstandard betrifft, sondern auch im Bereich der Lebenskultur und der Menschenrechte.

Toni Hagen, der wohl erfahrenste Schweizer Entwicklungshilfespezialist, fasste diese Situation Mitte 1984 folgendermassen zusammen: «Trotz grosser Investitionen in der Entwicklungshilfe sind die Resultate nach 30 Jahren enttäuschend. Kein einziges der von den Entwicklungsideologen postulierten sogenannten Grundbedürfnisse (Ernährung, Behausung, Bildung, Gesundheit) ist für die Völker der Dritten Welt gedeckt... Die Kluft zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt sowie innerhalb der Entwicklungsländer, zwischen Volksmassen und der Oberschicht einerseits und zwischen den assortierten Nomenklaturen und den «Befreiten» andererseits hat sich vergrössert. Hunderte Millionen von Menschen sind arbeitslos, und noch viel mehr sind unterbeschäftigt... der Hauptgrund für die herrschende Armut.»

Dass ein Grossteil der Entwicklunghilfestrategien versagt hat, liegt vorab in der Komplexität der Probleme, die zu lösen wären, und in den

unangepassten Lösungsvorschlägen, die staatliche und private Entwicklungshilfe im allgemeinen zur Hand haben und hatten. Ganz erheblich beeinträchtigt wurde dieser Umstand aber auch durch sachfremde Einflüsse, die sich kurz unter dem Stichwort «Ideologisierung» zusammenfassen lassen. Es gehört zum Wesen dieser Einflüsse, das Ideologen die Entwicklungshilfe zum Vehikel ihrer gesellschaftsverändernden Konzepte machen. Das gilt für das gesamte linke Lager, von den demokratischen Sozialisten bis zu den totalitären Kommunisten, von den Grünen bis zu erheblichen Teilen kirchlicher Organisationen (Stichwort: Befreiungstheologie).

Linderung der individuellen Not oder der kollektiven Probleme hat diese ideologisierte Entwicklungshilfe bisher nicht, nur scheinbar oder allenfalls lediglich für kurze Zeit gebracht. In vielen Fällen hat sie sogar kontraproduktive Wirkung gezeitigt: In den Industrienationen hat sie erheblich zur Diskreditierung der Entwicklungshilfe geführt. Und wo in der Dritten Welt nach der Vorstellung der linken Entwicklungshelfer die Revolution siegte und entspre-

Der Buchtipp

Bestellcoupon

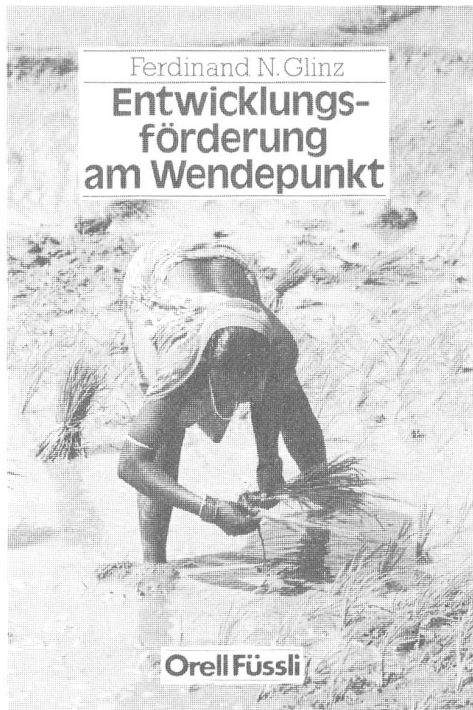
_____ Ex. Glinz: Entwicklungsförderung

Einsenden
an **Buchhandlung SOI**
Postfach
3000 Bern 6

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____



chende neue staatliche Systeme entstanden, verschlechterte sich die Lage rapid – dies nach allen Regeln der Erfahrung, die die Menschheit nun seit bald achtzig Jahren mit der sozialistischen Staats- und Wirtschaftspraxis macht.

Die Entwicklungshilfe steckt also in einer Krise. Ein bedenklicher Ausdruck dieser Krise ist die Tatsache, dass von guten, konstruktiven Ansätzen von Entwicklungshilfe kaum Notiz genommen wird und dass die angestauten Probleme nicht öffentlich diskutiert werden (oder wird diese Diskussion gar verhindert?). Einige wichtige Publikationen – Polemiken wie konstruktive Beiträge – sind in den letzten drei Jahren in Europa erschienen, ohne nachhaltigen Effekt.



Als einer der pragmatischsten, konstruktivsten und auch vernünftigsten Autoren hat sich dabei der Schweizer Ferdinand N. Glinz erwiesen.

Sein Buch ist – das gilt es vorab festzuhalten – flüssig und spannend zu lesen. Es ist frei von Intellektualismen und sprachlichen Unebenheiten. Die Bestandesaufnahme und die Art der Einführung in die Gesamtproblematik machen es dem Leser leicht, sich ein klares Bild von der Komplexität der Entwicklungshilfe (Glinz nennt dies «Entwicklungsförderung») zu machen. Die Darlegung der Argumente für eine totale Neuorientierung sind differenziert, logisch und bezwingend. Und hier ist nun der Punkt, auf das Ausserordentliche dieser Publikation hinzuweisen: Glinz überwindet mit seiner Vorstellung von Entwicklungsförderung den toten Punkt und die Stagnation, in der sich die Diskussion nun schon seit Jahren befindet. Das Buch ermöglichte – wenn man nur wollte – eine *strategische Neuorientierung*.

Wie oft in solchen Fällen ist der Grundgedanke einfach und eigentlich auf der Hand liegend:

Zentraler Ansatz seiner Analyse ist, dass bislang durch den diffusen Inhalt des Wortes «Entwicklungshilfe» (ein Sammelbegriff für karitative, wirtschaftliche, technische und finanzielle Aspekte) auch diffuse Konzepte und damit inkohärente Politiken entstanden.

Glinz postuliert demgegenüber eine Aufspaltung des Begriffs in «humanitäre Hilfe» (karitative Einsätze in Not- und Normalfällen, Prävention usw.) und «Entwicklungszusammenarbeit» (vor allem die wirtschaftlichen/technischen Aspekte, Kreditgewährung usw., beruhend auf Gegenseitigkeit und Förderung der Selbsthilfe).

Diese Neudefinition ermöglicht die Bestimmung von zwei inhaltlich verschiedenen Zielsystemen, die im wesentlichen auch – nach Massgabe der Kompetenz und Zuständigkeit – verschiedene Akteure verlangen.

Das hiesse für eine erneuerte schweizerische Entwicklungspolitik konkret: Entwicklungszusammenarbeit sollte sich in vermehrtem Masse auf die Privatwirtschaft abstützen und dabei die Grundsätze der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu verwirklichen trachten. Umgekehrt hätten sich die privaten Hilfsorganisationen mehr der humanitären Hilfe zu verpflichten.

Der Staat hätte sich finanziell und institutionell vor allem bei der humanitären Hilfe zu engagieren, er müsste aber gleichzeitig – im Sinne einer ganzheitlichen Politik – auch für die Rahmenbedingungen einer sinnvollen Entwicklungszusammenarbeit die Verantwortung tragen (z. B. handelspolitische Massnahmen, Rohstoffabkommen, Mischkredite, Zahlungsbilanzhilfen usw.).

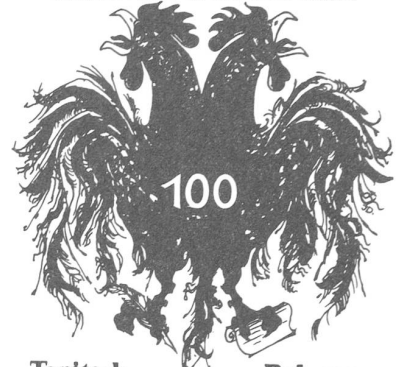
Man kann in dieser strategischen Neuorientierung leicht einige Ansätze in der Auffassung der offiziellen Entwicklungspolitik unseres Landes finden. Der grosse, entscheidende Unterschied zum vorliegenden Vorschlag besteht aber darin, dass ausschliesslich eine klare und konsequente Trennung der beiden Komponenten der Entwicklungsförderung eine positive Zukunftsperspektive eröffnen kann. Und da ist noch ein zweites: Glinz koppelt den Anspruch der geförderten Länder auf Hilfe mit dem Anspruch der Fördererländer auf Verwirklichung der Menschenrechte. Auch dieser Gedanke ist – wenn man der jüngsten Parlamentsdebatte über die neuen Entwicklungshilfekredite folgt – ein Anliegen der Schweiz. Dieses sollte sich allerdings nicht in verbalen Absichtserklärungen äussern, sondern in konkreten Forderungen, in konkreter Politik manifestieren. Spätestens dann käme es dann wohl bei einigen privaten Hilfsorganisationen zur entscheidenden Nagelprobe.

Der Beitrag von Ferdinand N. Glinz eröffnet zweifelsfrei einen Ausweg aus der Sackgasse der weltweit praktizierte Stagnation. Nicht zuletzt weil er zur Versachlichung und damit auch zur Ent-Ideologisierung beiträgt.

Jürg L. Steinacher

konservativ – kritisch – konstruktiv

CRITICÓN
Konservativ in die 90er Jahre



Topitsch
Die deutsche Neurose

Rohrmoser
Weiter so, CDU?

Arndt
Die Republik der Anderen

Hepp · Hoeres · Graf Huyn · Mohler · Steinbuch

Unter dem Motto »Konservativ in die 90er Jahre« finden Sie in CRITICÓN Nummer 100 eine Fülle von Beiträgen aus Politik, Kultur und Gesellschaft.

Wichtig für heute, wichtig auch für morgen, denn, so der Westdeutsche Rundfunk (WDR) am 26. 1. 1987,

»Criticón hat seit den 70er Jahren viele aktuelle Trends vorweggenommen, die heute hoffähig sind. So könnte die Zeitschrift auch ein Wegweiser in die 90er Jahre sein.«

Bestellcoupon

Criticón erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle die CRITICÓN-Jubiläumsnummer
9,50 DM/9,50 sFR
- Ich abonniere CRITICÓN
(Jahrespreis 57,- DM/48,- sFR)

Criticón Verlag, Knöbelstraße 36,
D-8000 München 22

Aus dem SOI

Medienanalyse und Tonbänder

cb Wir hatten in der vorletzten Nummer den damaligen Stand im «Tonbandstreit nach Medienanalyse» rekapituliert, zu dem es (wegen einer inhaltlichen Belanglosigkeit) zwischen der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) und dem Schweizerischen Ost-Institut (SOI) gekommen ist. Jetzt setzt sich das SOI gegen den von der SRG erhobenen Vorwurf der Tonbändermanipulation auch juristisch zur Wehr und hat deswegen Klage eingereicht.

Mitkläger ist Michael Bader, der Autor der medienkritischen Broschüre (Medienanalyse 1, «Dreizack»), welche die Berichterstattung von Radio DRS an einem Fallbeispiel untersucht. In jener Analyse war es zu einer (schon längst korrigierten) Namensverwechslung gekommen, und das SOI machte sich noch die zusätzliche Mühe zu zeigen, weshalb. Es legte ein Sendungstonband vor (das es beim «Argus der Presse» bestellt hatte), bei dem der betreffende Name (der für den analysierten Inhalt der fraglichen Sendungen weiter keine Rolle spielt) unverständlich war. Dann berief die SRG eine Pressekonferenz ein, legte ihrerseits ein Tonband vor, bei welchem der Name verständlich

war, und unterstellte dem SOI, «sein» Band gefälscht zu haben.

Das berichteten wir schon. Aber neu herausgestellt hat sich inzwischen dieses: Die SRG selber hat auf ihrer Pressekonferenz *kein* Radio-Originalband vorgestellt . . .

Nun, das SOI erhebt seinerseits jetzt keinen Manipulationsvorwurf, und schon gar nicht einen adressierten. Aber es möchte begreiflicher Weise jetzt – wenn schon, dann schon – genau wissen, was mit welchen Tonbändern passiert ist. Und schon zur Sicherstellung dieses Wissens macht die nun erfolgte gerichtliche Klage einen Sinn.

Die Details lesen Sie im folgenden SOI-Text zu dieser Sache.

Mitteilung

Am 2. Juni haben das Schweizerische Ost-Institut (SOI), Bern, und Fürsprecher Michael Bader, Laupen, Straffklage eingereicht gegen Andreas Blum, Programmdirektor Radio DRS, und Mitbeteiligte wegen übler Nachrede, evtl. wegen Verleumdung.

Anlass dazu ist die an der Pressekonferenz vom 11. 5. 1987 von Andreas Blum und seinen Untergebenen zumindest suggerierte Behauptung, das SOI habe im Zusammenhang mit der Medienanalyse «Dreizack und DRS 3» ein Tonband manipuliert, d. h. zu seinem Vorteil mehrfach geschnitten. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Dazu einige Feststellungen:

1. Der Chef Rechtsdienst der SRG hat am 14. 5. gegenüber der Schweizerischen Depesch-Agentur (SDA) erklärt, die SRG habe nie behauptet, das SOI habe Bänder manipuliert, sondern immer nur, das SOI habe ein manipuliertes Band verwendet. Dagegen sprechen die Aussagen in drei SRG-Sendungen vom 11. 5. und praktisch die gesamte Berichterstattung der Presse, wonach einhellig verstanden wurde, dass das SOI oder der Autor der Studie das Tonband geschnitten hätten.

2. Das SOI hat die Bänder für die «Dreizack»-Analyse nicht selbst aufgenommen, sondern beim Zürcher Medien-Dokumentations-service «Argus der Presse», der von der SRG vertraglich zur Aufzeichnung ihrer Sendungen legitimiert ist, bestellt. Diese Bänder sind unverändert für die Analyse verwendet worden.

3. Die SRG dagegen hat an der Pressekonferenz kein Radio-Originalband vorgespielt, um den Manipulationsvorwurf zu erhärten, sondern den Privat-Mitschnitt eines freien SRG-Mitarbeiters. Den Pressereaktionen nach zu urteilen, ist auch hier ein falscher Eindruck erzeugt worden.

4. «Argus der Presse», der gemäss Auftrag des SOI den Text von der Musik trennen musste, hält für möglich, dass einige der Unterschiede zwischen «SRG-Bändern» (es liegt noch ein zweiter Privat-Mitschnitt vor) und Argus-Band aufgrund von manuellen Fehlbedienungen (es waren 240 h abzuhören!) oder technischen Pannen passiert sein könnten. Argus schliesst jedoch Veränderungen in der Textabfolge, wie sie u. a. von der SRG behauptet werden, kategorisch aus. Daher müsste als Bestandteil dieses gerichtlichen Verfahrens auch festgestellt werden, wann wo auf welchen Bändern was geschnitten wurde.

Die gerichtliche Abklärung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Andreas Blum und den Exponenten von Radio DRS vor allem darum ging, von der inhaltlichen Diskussion um die Ausgewogenheit der Radioprogramme abzulenken und die ganze Langzeitbeobachtung des parlamentarischen Patronatskomitees «Medienanalyse» zu diskreditieren. Die Ankündigung, weitere Analysen nur noch «summarisch» abzuqualifizieren, belegt dies deutlich.

Bern, 2. Juni 1987

Schweizerisches Ost-Institut

Bestellcoupon

_____ Ex. Medienanalyse 1
«Dreizack»
Fr. 12.—

Einsenden
an Buchhandlung SOI
Postfach
3000 Bern 6

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Vortragsabend

Dienstag, den 23. Juni 1987, 20 Uhr,
Restaurant Kreuz in Suhr

Die Meinungsmacher

Elektronische Medien zwischen
Information und Manipulation

Programm:

- 20.00 Uhr *Von der Demokratie zur Mediokratie*
Jürg L. Steinacher, SFRV, Bern
(Schweizerische Fernseh- und Radiovereinigung)
- 20.45 Uhr *Keine Kritik an den Kritikern der Nation?*
– Reaktion der SRG auf die Medienanalyse «Dreizack und DRS-3» –
Michael Bader, Fürsprecher
(Schweizerisches Ost-Institut SOI)
- 21.30 Uhr *Diskussion*
Leitung: Dr. Regula
Frey-Stolba, Aarau

Jedermann ist freundlich eingeladen.
FDP Suhr